№ 492
A 267

Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 26. September 1918

RETURN TO
M17d.
WATERGATE HOUSE,
ADELPHI STRAND, W.C. 2

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau Wissenschaftliche Sonntags-Beilage. Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: in Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Fraktionsberatungen.

Gestern nachmittag traten auf Einladung des Vertreters des Kriegsministeriums, Generals v. Wrisberg, die Mitglieder des Hauptausschusses zu einer vertraulichen Beratung im Bundesratssaal des Reichstags zusammen. Mehrere Redner, vor allem Abg. Groeber, hatten in der Sitzung am gestrigen Morgen den Wunsch geäußert, noch über die offiziellen Erklärungen die General Wrisberg im Namen der Obersten Heeresleitung abgegeben hatte, hinausgehende Mitteilungen zu erhalten. In der bis nach 6 Uhr dauernden geheimen Aussprache stellten die Ausschußmitglieder zahlreiche Fragen, die ihre Beantwortung fanden.

Gegen 7 Uhr trat der interfraktionelle Ausschuß zu einer kurzen Aussprache zusammen. Man gewann den Eindruck, daß die Vertreter der Mehrheitsparteien in der Hauptsache durch ihre Zusammenkunft den Gerüchten widersprechen wollten, die sozialdemokratische Sonderaktion, die Veröffentlichung einer sozialdemokratischen Mindestforderung, habe den Mehrheitsblock zerschlagen und eine fernere gemeinsame Arbeit unmöglich gemacht. Man ging nicht mehr auf die politischen Tagesfragen ein und machte keinerlei Versuch, festzustellen, inwieweit Neigung bei der Zentrums- oder der Volkspartei besteht, von dem sozialdemokratischen Programm ein Gemeinsames der drei Fraktionen durch gegenseitige Zugeständnisse abzuleiten. Man ist vielmehr der Auffassung, daß die Aufstellung eines politischen Programms erst erfolgen kann, wenn die Kanzlerfrage geklärt ist.

Die gestrige Debatte im Hauptausschuß hat bereits deutlich erwiesen, daß die Reichstagsmehrheit, wenn sie schon ein neues politisches Programm auszubauen haben wird, in erster Linie die Lösung der Krise erwarten muß. Die Rede des Abg. Groeber hatte bestätigt, daß das Zentrum zwar auf keinen Fall die Aufgabe übernehmen will, den Rücktritt des Grafen Hertling zu beschleunigen. Da aber Graf Hertling sehr gut die Taktik seines Parteifreundes Groeber kennt, der dem Kanzler persönlich das Ö[illegible]reichelhafteste sagte, ihn aber sachlich, in seiner Politik, recht scharf kritisierte, so wird er sich schon beim Verlassen des Reichstages gestern gesagt haben, daß die Zentrumsfraktion, vor die Alternative gestellt, zwischen der Fortsetzung der Mehrheitsaktion oder dem Festhalten an dem geschätzten, aber ermüdeten Staatsmann wählen zu müssen, ihren Entschluß bereits gefaßt hat.

Abwarten — das schien die Parole zu sein, die sich der interfraktionelle Ausschuß gestern gegeben hat. Man wird den Entschluß des Grafen Hertling erwarten und inzwischen die Beratung im Hauptausschuß fortsetzen. Dort wird heute als erster Graf Westarp für die Konservativen sprechen, dann werden die Redner der Unabhängigen Sozialdemokraten, der Polen und Elsässer kommen, worauf die zweite Rednerreihe antritt, Zentrum, Mehrheitssozialdemokratie usw. Für die Volkspartei wird der Abg. Gothein sprechen.

Die Volkspartei und die Sozialdemokraten hielten gestern in den späteren Abendstunden Fraktionssitzungen ab, wobei, wie wir hören, ebenfalls die Ansicht vorherrschte, daß die eingehendere Besprechung eines neuen politischen Programms jetzt schon deshalb verfrüht wäre, weil dringender nur die Frage sei, ob Hertling bleibe. Ein neues Programm könne man nur mit einem neuen Manne besprechen, der sich auch nicht ein Programm aufdrängen lassen werde, sondern ein eigenes mitbringen müsse.

Der verbotene Frontbesuch.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

z **Bern**, 25. September.

Zwei amerikanischen Kongreßabgeordneten, Lundeen und Dillon, ist von den englischen Militärbehörden der Besuch der englischen Front in Frankreich untersagt worden. Die beiden amerikanischen Volksvertreter waren auf einem englischen Schiff nach Frankreich gekommen. Ihre Aeußerungen bei Tischunterhaltungen auf dem Schiff sollen von englischen Passagieren übel vermerkt worden sein. Bisher ist jede Begründung dieses eigenartigen Verbots unterdrückt worden. Die beiden Kongreßabgeordneten sind gegenwärtig an der italienischen Front.

Die türkische Antwort auf die Note Burians.

Drahtmeldung.

Konstantinopel, 25. September.

Die Note, die die türkische Regierung als Beantwortung der Note des Grafen Burian der österreichisch-ungarischen Regierung durch den türkischen Botschafter in Wien hat übermitteln lassen, hat folgenden Wortlaut:

„Der von der kaiserlichen und königlichen Regierung an alle kriegführenden Staaten gerichtete Vorschlag, in einem neutralen Lande einen vertraulichen und nicht obligatorischen Meinungsaustausch über die Grundsätze eines dauerhaften und ehrenvollen Friedens zu führen, entspricht vollständig der Auffassung der kaiserlich ottomanischen Regierung, die sie im Einvernehmen mit ihren Verbündeten wiederholt zu bekunden nicht ermangelt hat. Infolgedessen spricht die kaiserliche Regierung den Wunsch aus, daß dieser neuerlich von der kaiserlichen und königlichen Regierung unternommene, von hohem Menschlichkeitsgefühl und aufrichtigem Versöhnungsgeist eingegebene Schritt zur Vorbereitung des Bodens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die besten friedlichen Dispositionen finde. Der Unterzeichnete hat die Ehre, im Namen der kaiserlichen Regierung zu erklären, daß die Hohe Pforte bereit ist, an dem vorgeschlagenen Gedankenaustausch teilzunehmen."

Der deutsche Abendbericht.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 25. September, abends. (Amtlich.)

Zwischen Omignon-Bach und der Somme wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen.

Der Kaiser in Kiel.

Drahtmeldung.

Kiel, 24. September.

Der Kaiser ist heute vormittag neun Uhr mit Hofzug auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen. Zum Empfang waren u. a. anwesend Prinz Heinrich von Preußen, Herzog und Herzogin von Meiningen, Admiral Bachmann und Admiral Scheer. Vom Bahnhof begab sich der Kaiser auf dem Wasserwege zur Torpedowerkstatt und später nach dem Exerzierplatz in der Wik, woselbst Abordnungen aller Truppenteile der Garnison Aufstellung genommen hatten. In einer Ansprache erinnerte der Monarch an Coronel und Skagerrack, sowie an die tapferen Vorstöße unserer Torpedoboote gegen die feindlichen Küsten, die bewiesen hätten, welcher Geist in der Flotte herrsche. Die Ruhmestaten der Flotte seien denen unserer Armeen gleichwertig.

Der Kaiser überbrachte sodann die Grüße der an der Westfront kämpfenden Kameraden und forderte zum Schluß auf, dafür zu sorgen, den U-Boot-Krieg in voller Wirksamkeit zu erhalten, damit den Truppen an Land auch weiterhin geholfen werde, den schweren Kampf mit Erfolg durchzuführen.

Der Nachmittag war Besichtigungen auf der kaiserlichen Werft gewidmet. Auch hier wandte sich der Kaiser an Arbeiter und Arbeiterinnen zu eingehendem Gespräch. Einer Anzahl von Angestellten und Arbeitern wurden Auszeichnungen verliehen. — Heute begibt sich der Kaiser nach Eckernförde zur Besichtigung der U-Bootsschule.

Fochs vergebliche Massenstöße gegen St. Quentin.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Seit Anfang September verschob sich der Druck der Engländer gegen die Siegfriedstellung immer mehr von Norden nach Süden. Dabei rannte Foch mit zusammengeballten Kräften und mit außerordentlicher Zähigkeit bald in geschlossenem Großangriff, bald in starken Teilvorstößen bisher immer wieder vergeblich gegen die deutsche Front im Raume Cambrai—St. Quentin an. Am 24. September setzte er starke englisch-französische Kräfte gegen den Raum nordwestlich und westlich St. Quentin an. Der Angriff galt in erster Linie der sogenannten Tommyhöhe zwischen den Dorftrümmern von Pontruet und Gricourt. In gewohnter Weise stürmten die Engländer vor. Hinter schwerstem Artilleriefeuer gingen starke Infanteriemassen vor, die zahlreiche Tanks und Schlachtflieger begleiteten. Im ersten Ansturm gingen die beiden Dörfer verloren. Dem planmäßig unter starkem Artilleriefeuer einsetzenden deutschen Gegenangriff vermochten die Engländer jedoch nicht standzuhalten. Pontruet und Gricourt wurden wieder erobert. In erbittertem Ringen gelangte schließlich auch die Tommyhöhe, die mehrmals den Besitzer wechselte, wieder in deutsche Hand.

Weiter südlich, wo es den Franzosen gelungen war, sich Francilly-Selencys zu bemächtigen, griff der Gegner um Mitternacht nach kurzer Feuervorbereitung nochmals an. Es gelang ihm jedoch nicht, über das Dorf hinaus Boden zu gewinnen. Fünf Offiziere und fünfzig Mann blieben in deutscher Hand.

Zwischen Ailette und Aisne stießen in der Nacht vom 23. auf 24. September mehrfach starke französische Patrouillen vor. Dem am Morgen des 24. einsetzenden schweren Feuer folgte nur ein Teilangriff südöstlich Vauxaillon, der im Handgranatenkampf und im Gegenstoß abgewiesen wurde.

An den übrigen Fronten war die Patrouillen-Tätigkeit rege. Bei eigenen Unternehmungen wurden mehrfach Gefangene eingebracht. Bei einem derartigen deutschen Vorstoß nordöstlich Ypern gelang es, 14 feindliche Unterstände zu sprengen und 82 Gefangene zurückzubringen.

Japans Wille zum Kompromiß.

Saionji Ministerpräsident.

Von

Erich von Salzmann.

Seit dem Jahre 1889 ist Japan ein konstitutionelles Staatswesen mit Ober- und Unterhaus. Das japanische Volk hat festgelegte Rechte, die ebenso wie die der Krone theoretisch genau umrissen sind. Auch in Japan hängt aber, wie überall auf Erden, alles von der Persönlichkeit ab. Führen schwache, staatsmännisch ungeschulte Männer, so steigt die Macht des Parlaments. Wagt die der Volksvertretung unverantwortliche Macht hinter dem Thron zu brutal einzugreifen, oder hebt die auch in Japan stets tätige Kamarilla zu sehr das Haupt, so gibt es Rebellion. So war es, als Katsura die alte Geschlechterpolitik aufzurichten sich bemühte. So ist es heute, wo eine Gruppe von Männern, die dem Volk gegenüber die Verantwortung nicht voll zu tragen gewillt ist, die Politik in Wege leitet, die das Volk in seiner Masse nicht mitzumachen beabsichtigt.

In Japan vollzieht sich in diesen Tagen genau dasselbe, was wir während des Weltkrieges in allen Ländern der Erde vor sich gehen sehen, und was im besonderen bei uns zurzeit den inneren Kampf akut gemacht hat. Das japanische Volk fordert durch seine Vertretung Anteilnahme an dem, was die Regierung in der Innen- und Außenpolitik unternimmt. Der Ministerpräsidentschaft des Fürsten Katsura und die Terauchis waren reaktionäre Intermezzi in der konstitutionellen Entwicklung des japanischen Kaiserreiches. Die Rückkehr Saionjis zur Macht bedeutet den Willen des japanischen Volkes zur demokratischen Regierungsform. Saionjis Berufung durch den Tenno ist vorausschauende Politik. Sie zeigt außerdem die politische Erkenntnis in den breiten Volksmassen, den englisch-amerikanischen Schlagworten, die sich sicherlich einmal gegen Japan wenden werden, auf diesem Gebiet schon jetzt die Spitze abzubrechen.

Um verstehen zu können, was in Japan vorgeht, müssen wir in seiner parlamentarischen Entwicklungsgeschichte etwas zurückgehen. Im Jahre 1889 wurde Japan eigentlich konstitutionell. Jedoch blieb die Teilnahme der Volksvertretung an irgendeiner Regierungshandlung bis zum Jahre 1898 in jenen milden Formen patriarchalischer Herrschaft, die wir in asiatischen Staaten stets unter starken Herrschern mit klugen Ratgebern finden werden. Im Jahre 1898 wurde der erste Versuch gemacht, zwei schon im Parlament bestehende Gruppen so zusammenzufassen, daß aus einer derselben die jeweilige Regierung hervorgehen sollte. Diese Regierung sollte so lange im Amt bleiben, als sie das Vertrauen dieser Gruppen besaß. Mit anderen Worten: Man versuchte, das englische Vorbild abzuklatschen. Der Versuch dauerte nur 6 Monate. Japan war noch nicht reif. Der Krach kam schnell, und mit ihm kam jener Mann ans Ruder, der wohl als Bismarck des Ostens bezeichnet werden kann: Fürst Ito. Er fiel auf dem Bahnhof in Harbin 11 Jahre später durch koreanische Mörderhand. Sein Todestag kann als ein Unglückstag für Japan bezeichnet werden. Seitdem ist eine gewisse Unsicherheit in die politische Entwicklung gekommen. Ito hatte es verstanden, durch seine überragende Persönlichkeit für die Dauer seiner Ministerpräsidentschaft die Parteienregierung nach englischem Vorbild so gut wie auszuschalten. Er versammelte um sich eine Gruppe. Das waren jene „Freunde der Konstitution", die Seyukai, die auch heute noch als die stärkste politische Richtung innerhalb des Parlaments anerkannt werden muß. Ihr gehört Saionji an. Was Ito ursprünglich beabsichtigte, d. h. mit einer von Fall zu Fall zu bildenden Mehrheit ihm unbedingt ergebener Leute alles durchzudrücken, war auf die Dauer nicht durchführbar. Die Schüler wuchsen dem Meister über den Kopf. Der Konflikt war unausbleiblich. Er kam 1903. Ito forderte die Unantastbarkeit der vom Kaiser ernannten Minister, die Volksvertretung forderte die Verantwortlichkeit der Minister ihr gegenüber. Im Konflikt trat Ito zurück. Er wurde Präsident des Staatsrates und verzichtete zugleich auf die Führerschaft der Seyukai.

Itos Nachfolger wurde sein Freund und Vertreter Marquis Saionji, der jetzt den Ministerpräsidentensessel bestiegen hat. Dieser Aristokrat war während der Satsuma-Rebellion als politischer Flüchtling in Frankreich gewesen, wo er sich mit jenen demokratischen Ideen vollsog, die er heute in Japan als Führer des Volkes sicherlich praktisch zur Durchführung bringen wird. Seit jenen Tagen hat die Seyukai im allgemeinen drei Fünftel der Volksvertretung umfaßt. Man kann sie als eine Art Regierungspartei bezeichnen, die im allgemeinen stets geneigt war, alle Forderungen der Regierung zu bewilligen. Die Opposition blieb während dieser ganzen Zeit

zahlenmäßig schwach und verhältnismäßig machtlos. Während des Russisch-Japanischen Krieges kam ein Intermezzo mit der Ministerpräsidentschaft des Fürsten Katsura, der über den Parteien stand; oder, wenn man will, die Parteien hatten die Größe der Zeit ihres Vaterlandes erfaßt, hielten Burgfrieden und arbeiteten gemeinsam an der Zukunft des Landes, das sie alle doch über alles liebten. Auch Katsura ging, um eine jener hohen Hofstellungen anzutreten, die mehr noch als in England oder bei uns einen außerordentlichen politischen Einfluß gewährleisten. Er wurde Minister des kaiserlichen Hauses. Sein Nachfolger als Premierminister war wiederum Saionji. Es bedurfte nur eines Tages Ueberlegung, um diesem hervorragenden Staatsmann und Politiker sofort wieder die Mehrheit des Hauses restlos zuzuwenden. Er konnte daher, wie es noch nie einem seiner Vorgänger geglückt war, Japan in wahrhaft konstitutionellen Sinne regieren, ohne je zu fürchten, bei seinen Entschlüssen nicht die Mehrheit der Volksvertretung hinter sich zu haben. Allerdings hatte das Land das große Glück, in dem Kaiser Mutsuhito einen Mann zu haben, der in den Eigenschaften des Herzens und des Charakters unserem alten Kaiser Wilhelm sehr ähnlich war.

Als im Jahre 1912, am 30. Juli, der junge Kaiser Joshihito mit 33 Jahren den Thron bestieg, da wähnte jene Partei, die auch in Japan aus der Güte der alten Einrichtungen das Recht zu schöpfen glaubt, auf der Unabänderlichkeit dieser Einrichtungen zu bestehen, ihre Zeit gekommen. Wir sehen innere Kämpfe von schwerwiegender Bedeutung anheben. Ein General war es, der die erste Fanfare blies. Man suchte nach einem Vorwand, um das Parlament zu brüskieren. Uyehara, Kriegsminister, forderte zwei Zusatzdivisionen für Korea. Das war nur der äußere Anstoß, um die Probe aufs parlamentarische Exempel zu machen. Der Erfolg war der, daß die gesamte Volksvertretung sich wie ein Mann geschlossen gegen die militaristische Forderung erhob und Front machte. Marschall Katsura versuchte, dem Widerstand zu begegnen, indem er mit allen asiatischen Mitteln daran ging, eine neue Parteigruppierung herbeizuführen, d. h. die Mehrheit zu sprengen. Bestechungen spielten dabei eine große Rolle. Die Skandale jagten sich. Ich persönlich erinnere mich aus Ostasien genau dieser aufgeregten Zeit. Massenversammlungen wurden allerorten abgehalten. In Tokio, Kobe, Osaka kam es zu Straßenkämpfen, genau wie heute. Die politischen Ideen waren schon weit in die Massen gedrungen. Der Erfolg war der, daß nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch die gesamten Ministerien und sogar der Rat der alten Männer, der Genro, sich dem Volkswillen beugten; und in der Neuzusammensetzung der Regierung gin wiederum die Mehrheit der Ministerportefeuilles in die Hände der Seyukai über.

Seit diesen Tagen ist die ministerielle Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung wenigstens theoretisch erneut festgelegt. In der Praxis sehen die Dinge freilich noch etwas anders aus, denn, seit wiederum ein Soldat mit imperialistischen Neigungen, der Marschall Terauchi, am Ruder war, hat die Regierung, d. h. der Rat der alten Männer, doch mehr oder minder das getan, was sie für richtig hielt. Im übrigen war es fast immer das, was Japan am besten frommte, vielleicht mit Ausnahme der Entwicklung der letzten Monate.

Man kann nicht sagen, daß bei diesen fortgesetzten parlamentarischen Kämpfen, in denen mehrfach Auflösungen des Parlaments stehen, das Ansehen der Krone und der Regierung zugenommen hätte. Besonders das Ansehen des Trägers der Krone, der den Japanern noch bis vor kurzem als eine fast göttliche Erscheinung unantastbar vor dem inneren Auge stand, oder der, wie man sagt, „hinter dem Vorhang" regierte, ist erschüttert. Die japanische Regierung hat stark experimentiert. Die Folge dieser Zickzack-Politik war schnelle Zunahme linkssozialistischer und sogar auch anarchistischer Ideen, die heute in Japan fast verbreiteter sind als in manchen europäischen Ländern.

Es kommt vieles hinzu, was den Sturz des Kabinetts Terauchi veranlaßt hat. Die imperialistischen Machtgelüsten entsprungene sibirische Expedition ist höchst unpopulär, denn sie bedeutet ein Zusammengehen mit dem verhaßten Amerika. Nicht zum wenigsten hat die Kriegswirtschaft dazu beigetragen, Zündstoff zu sammeln. Die Kriegsgewinnler haben in Japan eine goldene Zeit gehabt. Sie haben diese aufs brutalste ausgenutzt. Die Unterschiede von arm und reich in dem noch bis vor kurzem fast ausschließlich Ackerbau treibenden und durchaus patriarchalischen Lande sind außerordentliche geworden. Damit ist der Klassenhaß eingezogen mit all seinen üblen Folgeerscheinungen. Japan lebt in einer Uebergangsperiode. Es hat ganze Dezennien europäischer Entwicklung übersprungen. Seine den Abendländern angepaßte technische Entwicklung ist jüngsten Datums und, trotz augenblicklicher hoher Blüte, noch wenig fest fundiert. Darum muß Japan, trotzdem es dem Weltkrieg so gut wie fern blieb, trotzdem es für seine Verhältnisse ungeheure Summen verdiente, eine Politik der Vorsicht treiben. Und darauf basiert die hier seit fast über einem Jahr konsequent geäußerte Ansicht, daß der amerikanisch-japanische Konflikt noch in weitem Felde steht. Mit dem Ausbruch dieses Konfliktes soll man in Deutschland auf keinen Fall als sicherem Moment rechnen. Umgekehrt! Japan wird, um seine riesigen territorialen Eroberungen auf dem asiatischen Kontinent überhaupt politisch und wirtschaftlich ausbauen zu können, versuchen, sich — nicht zum wenigsten dank unserer Politik — seinem alten Bundesgenossen England zu nähern. Gerade darauf läßt das Wiederauftreten Saionjis schließen.

Saionji ist Englands Mann. Aber! England vergißt niemals das Ausbrechen eines Volkes aus der englischen Hirde, das indentisch ist mit dem Einbruch in englischen Machtbereich; denn die Welt gehört dem gottgewollten Volk der Engländer und niemand anders. An dem Tage, an dem Japan die Monroe-Doktrin für Ostasien aufrichtete, im November 1917, wurde die Kriegserklärung in London und Washington gegen das Mikadoreich unterschrieben. Diese Kriegserklärung liegt mit den Greuel- und Hetzpropaganda-Akten jetzt wohlverwahrt in den Archiven in London und Washington. Saionji fürchtete die Isolierung seines Landes. Der Name Saionjis bedeutet den Willen zum Kompromiß. Aber es ist zu spät! England vergißt nie. Es werden Jahre, vielleicht ein Jahrzehnt vergehen. Der Tag aber, an dem die Angelsachsen gegen Japan schlagen werden, wird und muß trotz aller Völkerbunde kommen. Hüten wir uns, daß wir an dem Tage im Völkerbund nicht mit gebundenen Händen dastehen. Japan aber mag schon vor diesem Tage zusehen, daß es Freunde in der Stunde der Not habe. Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist es nicht gut, auf der Welt allein zu stehen, wenn der Tag der Weltentscheidung anbricht.

Der italienische Seidenskandal. In der militärgerichtlichen Untersuchung wegen der Ausfuhr von Seidenabfällen nach Deutschland und Oesterreich wurde die Freilassung der Angeklagten Feltrinelli, Braida, Ettore, Bonacassa und Ceresa wegen Mangels an Beweisen verfügt. Dagegen wurde die Anklage wegen Hochverrats erhoben gegen die Angeklagten Primo Bonacassa, Gnecchi, Dubini und Silvestri, die sämtlich in das römische Untersuchungsgefängnis gebracht wurden.

Auch eine chinesische Aktion?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

os **Rotterdam**, 25. September.

Die „Times" melden aus Peking, in China herrsche vollständiges Chaos. Die Kämpfe zwischen Nord und Süd seien auf dem toten Punkte angekommen, und das Land werde von Räubern überflutet. Wie die chinesische Presse mitteilt, hat der englische Gesandte in Peking im Ministerium des Aeußern die „Vermittlung" Englands und Amerikas angeboten. In chinesischen verantwortlichen Kreisen gewinnt, wie die „Times" behauptet, die Ueberzeugung immer mehr an Kraft, daß die Verbündeten starke Maßnahmen ergreifen müssen, um dem Streit im Innern Chinas ein schnelles Ende zu bereiten. Der Präsident der Republik habe ein Rundschreiben an die Provinzen erlassen, worin er um die Mitwirkung der Gouverneure zur Lösung der Schwierigkeiten bittet. Am Schluß des Artikels drängt die „Times" darauf, daß die „Vermittlung" in China nicht einer einzelnen Macht anvertraut werde, daß sich die Alliierten vielmehr zu einer gemeinsamen Aktion zusammenfinden.

Die Japaner in Nertschinsk.

Reutermeldung.

Tokio, 24. September.

Japanische Kavallerie ist in Nertschinsk eingezogen.

*

Die Japaner sind auf ihrem Vormarsch in Sibirien nun bereits weit nach Westen vorgerückt, wo als Hauptziel offenbar Irkutsk gesetzt ist. Nertschinsk ist eine der bedeutendsten Ortschaften in Transbaikalien und liegt, an der östlichen Abzweigung der großen mandschurischen Haupteisenbahnlinie, etwas über 200 Kilometer östlich von Tschita. Die Gegend gehört zu dem südlich des weitgestreckten Jablonoigebirges gelegenen Berglande, aus dem der Amur entspringt. Sein westlicher Quellfluß Schilka berührt Nertschinsk.

Das „Erwachen Asiens".

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Bern, 25. September.

Amerikanische Blätter veröffentlichen kommentarlos Auszüge aus einem sensationellen Artikel des bekannten Tokioer Zeitungsbesitzers Tokutomi. Der Artikel erschien in dem Blatt „Jitzuayn No Mihon" und wurde als die „Glocke" bezeichnet, die Asien erwecken soll. Tokutomi führt aus:

„Das Erwachen Asiens bedeutet die Errettung Chinas, Sibiriens und Indiens. Ostasien, das diese drei Länder umfaßt, nimmt ein Viertel des bewohnbaren Teiles der Erde ein und enthält nahezu ein Drittel der gesamten Menschheit. Japan ist vom Schicksal dazu ausersehen, diese ungeheure Bevölkerung zu führen und zu leiten. Sollte Japan sich dieser Aufgabe entziehen, so würde dies das Verderben Asiens bedeuten. Asien würde dann nicht länger das Asien der Asiaten sein. In einem solchen Falle würde Japan vielleicht nicht seine Unabhängigkeit verlieren, aber jedenfalls würde seine Lage aufs äußerste bedroht sein. Es liegt in der Macht Japans, China zu retten oder zu verderben. Das Schicksal Chinas ist vom Himmel in die Hände Japans gelegt worden. Wohl mag Indien weit sein und Sibirien nicht um japanische Hilfe rufen. China ist aber nahe und bedarf aller Energie, die Japan zur Verfügung stellen kann. Jedermann spricht von der Mandschurei und der Mongolei. Japans Interessen in diesen beiden Ländern sind jedoch nichts im Vergleich zu seinen Interessen im wirklichen China. Da Japan die

---

Befehls-Dilettantismus.

Von

Moritz Goldstein.

Befehlen ist eine Kunst, wenn auch keine so hohe, wie die Schätzung fast der gesamten Menschheit bisher gewährt hat; das Metier des Herrschens, vom Haustyrannen und Dorfgendarmen angefangen bis hinauf zum Imperator und Diktator, dürfte in den nächsten Jahrhunderten ein wenig von seinem Glanz verlieren. Immerhin: Richtig befehlen, gut befehlen, ist eine Kunst, und die Begabung dazu so selten wie jede andere echte Begabung; und so gut wie jedes Talent, und genau so selten, kann auch dieses sich bis zur Genialität steigern. Wie jede Kunst, hat auch die des Herrschens ihr Handwerk, und eben dieses Handwerkliche, das Aeußerliche, das Technische, das Drum und Dran des Befehlens dürfte es sein, was Friedrich Nietzsche irgendwo, im Dienste seiner Höherzüchtung des Menschen, zu lernen und zu lehren rät. Es muß in der Tat erlernbar sein, und ohne Mühe. Nicht für jeden, versteht sich. Aber in unseren Tagen, da vom Ladenfräulein bis zum Generalissimus beinahe jeder irgendwo und irgendwie schrankenlos kommandieren darf, erlebt man mit Staunen und Schrecken, wie rasch sich dieser und jener in seine Rolle der Gottähnlichkeit hineinfindet, wie er wächst und schwillt, wie er Stimme, Haltung, Gewicht und Kraft gewinnt, und wie aus manchem unscheinbaren und bescheidenen Männlein sich ein kleiner Cäsar entwickelt. Kein Zweifel: befehlen dürfen bekommt den Leuten. Vielleicht ist es also gar nicht schwer?

Es gibt sogar nichts Leichteres, nämlich falls die Macht zu befehlen einem von außen geschenkt worden ist. Den Gehorsam aller sich erzwingen, in einem Kreise gesellschaftlich Gleicher, rein durch die Kraft der Persönlichkeit, dazu freilich gehört das angeborene Talent oder Genie. Aber dies ist nicht die Aufgabe, die unseren Tyrannen gestellt wird. Das Amt, die Uniform, die Notlage, die Verhältnisse legen in ihre ahnungslosen Hände die Macht, die sie nun gebrauchen sollen und so furchtbar schnell gebrauchen lernen. Leicht ist diese Art von Befehlen in dem Sinne, wie z. B. das Rezensieren leicht ist: Jeder kann es, der sich dessen unterfängt; denn die wichtige Frage, ob er gut oder schlecht, richtig oder falsch, klug oder dumm rezensiert, wird nicht gestellt; und wem gesteht man zu, hierüber Richter zu sein?

Befehlen also, falls man die Macht hat, ist leicht; denn es gehört nichts dazu als ein paar Worte, gesprochen oder geschrieben. Dem Untergebenen ist Kritik und Gegenvorschlag verwehrt. Mißlingt die Sache, so wird die Schuld meist nicht der falschen Anordnung, sondern der ungenügenden Ausführung zugeschrieben. Gewöhnlich aber läuft der Apparat von selber weiter; denn es sind Untergebene vorhanden, die das Notwendige auf eigene Faust, ohne Befehl und trotz dem Befehl, zu leisten wissen. Gewiß ist es nicht gleichgültig, ob gut oder schlecht geleitet wird; Großes läßt sich nur unter großer Führung erreichen; der unfähige Kutscher aber wird am Ende die Karre in den Dreck fahren. Allein um das Außerordentliche handelt es sich ja meistens nicht; und in mittleren Verhältnissen wird die Maschine mit ausreichender Leistung noch ziemlich lange funktionieren, vermöge der Tüchtigkeit, Zuverlässigkeit, Sachkenntnis der Unterorgane, selbst wenn die Spitze völlig versagt.

Bei der noch immer üblichen, uralten und unvollkommenen Methode, die Leitenden auszuwählen, für welche niemand bisher eine Verbesserung gefunden hat, könnte die Gesellschaft nicht vierundzwanzig Stunden sich behaupten, wenn jeder Minister, der nicht zu handeln weiß, wenn jeder Chef, der mit Schrullen regiert, wenn jeder Direktor, der Verwirrung stiftet, sobald er seine Hand im Spiele hat, gleich sichtbare Folgen seiner Untüchtigkeit hervorriefe. Allein die Welt ist immer so stabil konstruiert, daß einer ziemlich lange schlecht kommandieren kann, ehe die Sache schief geht.

Befehlen ist leicht: Man befiehlt eben, und meint, damit sei es getan. Dieser Aberglaube des Mächtigen, die Selbsttäuschung über die Kraft des eigenen Befehls, als wäre er ein Zauberwort, das die Ausführung auf geheimnisvolle Weise erzwingt, war von jeher unter uns im Schwange und ist in den letzten Jahren gewiß nicht geringer geworden. Was wird nicht alles befohlen, verboten, angeordnet, eingeschärft, ins Gedächtnis gerufen, wieder befohlen und abermals verboten! Schon die befehlende Stelle ist nicht imstande, die Befolgung zu überwachen: Sie hat nicht alles im Kopf, es fehlt an Personal, es fehlt an Zeit. Der gehorchende Teil aber läßt diesen strömenden Regen über sich ergehen, schüttelt sich und denkt nicht weiter daran. Sein Gedächtnis reicht nicht annähernd hin, die Fülle der Gebote zu fassen. Will er sie ernst nehmen, so stößt er auf Unklarheiten; die Verordnungen widersprechen einander, durchkreuzen sich, heben sich gegenseitig auf. Und die Praxis liefert tausend Wenn und Aber, die oben hätten bedacht werden müssen, die man unten nicht zur Sprache bringen darf.

Eine Truppe rückt an kaltem Winterabend nach langem Marsch ins Etappenquartier. Ein Brand entsteht. Die Untersuchung ergibt, daß die Heizanlage schadhaft war und nicht hätte benutzt werden dürfen. Darauf Befehl: Bevor die Truppen Quartiere beziehen, sind Oefen und Schornsteine zu untersuchen und schadhafte oder feuergefährliche Stellen auszubessern oder abzuändern. Fertig! Ist es nicht ein tüchtiger Mann? Kaum wird ihm der Uebelstand gemeldet, so ist er schon mit der Gegenmaßregel bei der Hand. Er diktiert zwischen Suppe und Braten, der Schreiber schreibt, der Befehl wird gedruckt, verteilt — und der hohe Herr legt sich befriedigt zu Bett, im Bewußtsein der Macht, der Verantwortlichkeit und der Willensstärke. Die Truppe aber wird daraufhin, wüde, frierend, hungrig, noch stundenlang vor den Türen stehen bleiben, die in jeder Kompagnie bekanntlich zahlreich vorhandenen Sachverständigen für Heizanlagen werden auf die Dächer klettern, durch die Schornsteine rutschen und beim Scheine mitgeführter Pechfackeln oder einer rasch improvisierten elektrischen Lichtanlage die Schäden feststellen. Sie werden in die Hände klatschen, und daraufhin werden Maurer mit Kelle, Ziegelsteinen und Mörtel erscheinen und sich fröhlichen Herzens an die Arbeit machen. In Kurzem wird alles erledigt sein, die Truppe darf einrücken, darf heizen, und kein Brand wird ihre Ruhe stören, dank der genialen Verordnung des Kommandeurs, der zu befehlen versteht — und weiter gar nichts versteht. Das Beispiel stammt aus erbeuteten russischen Divisionspapieren.

Ich weiß nicht, ob jemand schon die Voraussetzungen des richtigen Befehlens formuliert hat. Hier sind ein par naheliegende Regeln.

Erste Bedingung ist, daß einer sich zu entschließen vermag. Wer willensschwach oder unklar nicht weiß, was er tun soll, wer bald dies, bald jenes möchte, wer ausweicht und weder Ja noch Nein zu sagen wagt, der kann überhaupt nicht befehlen (was nicht hindert, daß dieser Typus häufig an leitender Stelle zu finden ist). Ebensowenig indessen derjenige, welcher eigensinnig will und den Belehrungen und den Umständen zum Trotz auf seinem Kopfe besteht.

Vollkommenes Wissen gehört durchaus nicht zu den Bedingungen des Befehlens. Der Vorgesetzte kann schon darum nicht alles wissen, weil er nicht ausführt (und vieles nie in seinem Leben ausgeführt hat) und weil jedes Ding ein anderes Gesicht gewinnt für denjenigen, der selber Hand anlegt. Auch vermag der Chef, sobald ihm ein ausgedehntes Ressort untersteht, keineswegs Fachmann auf allen zugehörigen Teilgebieten zu sein. Wird doch im Grunde jeder Registrator für seinen Posten Fachmann und Sachverständiger und ist insofern der Ueberlegene. Was aber der Leiter verstehen muß, ist das Benutzen, Zusammenfassen und Verarbeiten der Kenntnisse, Fähigkeiten und Meinungen seiner Untergebenen. Gerade diese Gabe kommt sehr selten vor. Die allermeisten reden sich ein, weil sie das Amt haben, so hätten sie auch den Verstand. Sie merken nichts davon, daß sie Informationen brauchen, ihre Intelligenz reicht nicht so weit, um den Vorrang des fremden Wissens und des fremden Urteils zu begreifen. Allein auch für den Fall, daß sie es merken, halten sie es für unter ihrer Würde, zu fragen und zuzuhören; sie würden unter gar keinen Umständen verraten, daß sie auf irgendeinem Gebiete von der Belehrung des Untergebenen abhängen.

In der Tat gehört große Ueberlegenheit und Selbstsicherheit dazu, um sich unterweisen lassen zu dürfen, ohne an Autorität einzubüßen. Nur der wirklich bedeutende, nur der innerlich ganz freie Mensch wird seine Würde bewahren können, trotzdem er sie je nach den Umständen unbedenklich von sich wirft. Alle anderen brauchen den Nimbus der Unfehlbarkeit zur Stütze ihrer Autorität. Darum wimmelt es von jenen Paschas, die auf dem Throne ihrer Eitelkeit und ihrer Dummheit gebläht und einsam hocken

Aufgabe hat, den fernen Osten zu neuem Leben zu erwecken, so trägt es auch die Verantwortung, nicht nur für die Chinesen im eigentlichen China, sondern auch für jene Chinesen, die in andere Länder gezogen sind. Japan muß darauf sehen, daß die Verpflichtungen der Entente, die aus der gemeinschaftlichen Sache erwachsen, Asien den Asiaten vorbehalten.

„Neben der politischen Führung muß die intellektuelle, moralische und materielle Entwicklung einhergehen. Japan muß Gelehrte und Industrielle zu seinen Vettern in Asien, den Chinesen, den Hindus und den Malaien entsenden, damit sie unter ihnen arbeiten und leben."

Reichsfinanzhof-Ordnung.

Die Regelung des Beschwerderechts.

Für den Reichsfinanzhof in München, der am 1. Oktober seine Tätigkeit beginnen soll, hat der Bundesrat eine Ordnung erlassen, die der Reichskanzler im „Deutschen Reichsanzeiger" bekanntgibt. Sie bringt die formellen Vorschriften für das Verfahren. Sie lehnen sich zum großen Teil an die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung des Gerichtsverfassungsgesetzes an. Aus der 74 Paragraphen umfassenden Ordnung sei hervorgehoben: Die Frist für die Rechtsbeschwerde beträgt einen Monat, sie beginnt mit dem Ablauf des Tages, an dem die angefochtene Entscheidung nach Maßgabe des Landesrechts als dem Steuerpflichtigen bekanntgemacht gilt. Die Beschwerde ist bei der Behörde einzulegen, die in erster Instanz über den Streitfall entschieden hat. Um den Rechtssuchenden entgegenzukommen, ist aber bestimmt, daß die Frist auch dann als gewahrt gilt, wenn die Beschwerde rechtzeitig bei einer anderen Vorinstanz — als solche gilt auch die Veranlagungsbehörde — oder beim Reichsfinanzhof eingegangen ist. Sie ist binnen eines weiteren Monats zu begründen.

Die Beschwerdeberechtigten können sich durch Bevollmächtigte, z. B. Rechtsanwälte, vertreten lassen. Die Einführung eines Anwaltszwanges, wie er vor den Kollegialgerichten des Zivilprozesses besteht, ist aber abgelehnt worden. Die Begründung führt hierzu aus: Es solle zwar nicht verkannt werden, daß die Mitwirkung eines Rechtsanwaltes der sachdienlichen Erledigung eines Steuerfalls dienen und im Interesse sowohl des Steuerpflichtigen liegen als auch der Rechtsentwicklung zugute kommen könne. Es beschäftigten sich aber nur sehr wenige Rechtsanwälte so eingehend mit Steuergesetzen, daß sie wirklich in der Lage sind, in Steuersachen ihren Klienten durchaus sachgemäß an die Hand zu gehen und den Steuerbehörden gegenüber mit Erfolg die wesentlichen Gesichtspunkte geltend zu machen. Voraussetzung des Anwaltzwanges wäre, daß eine größere Anzahl steuerkundiger Rechtsanwälte sich heranbildet, wozu eine fortgesetzte mehr oder weniger ausschließliche Tätigkeit in Steuersachen gehöre. Die Begründung erörtert ob vielleicht eine Zulassung von Anwälten in beschränkter Zahl, ähnlich wie beim Reichsgericht, einzuführen sei, lehnt dies aber wenigstens zur Zeit ab.

Die Vorschriften über die mündliche Verhandlung entsprechen großenteils denjenigen, die beim preußischen Oberverwaltungsgericht gelten.

Der türkische Bericht vom 24. September meldet: An der Palästinafront nahmen unsere Bewegungen den geplanten Verlauf. Der Engländer folgt nur schrittweise. Sonst nichts Neues.

Aufhebung des Justizmordurteils von Alexandria. Vor dem Militärgericht von Alexandria begann der neue Prozeß gegen die Schweizer Ingenieure des Genueser Elektrizitätswerks, die vom Militärgericht in Genua wegen Hochverrats teilweise zum Tode, teils zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Nachdem die öffentliche Meinung der Schweiz einmütig gegen diese auf gar keine Beweise gestützten Urteile protestiert und auch der Bundesrat in Rom Vorstellungen erhoben hatte, wurde der erstrichterliche Urteilsspruch aufgehoben und das Militärgericht von Alexandria mit der Durchführung der Verhandlung betraut.

Die Bremer Börse an den Reichskanzler

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ **Bremen,** 25. September.

Der Präsident der Handelskammer, Biedermann, hielt im großen Börsensaal vor den versammelten Börsenbesuchern eine Ansprache, worin er zum entschlossenen Durchhalten bis zum Siege aufforderte. Die Versammlung beschloß die Absendung einer Erklärung an den Reichskanzler, die besagt:

„Der erneute Versuch Oesterreich-Ungarns, dem unmenschlichen Blutvergießen der Völker der Erde ein Ende zu bereiten, ist von unseren Feinden unter der Führung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in leichtfertiger Uebereilung zurückgewiesen worden. Präsident Wilson hat sich den demokratischen Einrichtungen seines Volkes zum Hohn als der schroffste Autokrat der Gegenwart erwiesen. Rohe Gewalt ist sein Grundsatz. Die edlen Motive, für die er zu kämpfen vorgibt, sind eitel Lug und Trug. Er ist der Handlanger einer Geldautokratie, die Krieg führt, um sich zu bereichern, und es zu diesem Zwecke nicht verabscheut, neue Millionen von Menschen bluten zu lassen und immer weitere Strecken Europas zu verwüsten. Einer solchen Niedertracht gegenüber wollen wir hanseatischen Kaufleute, obwohl wir beraubt unserer überseeischen Erwerbsquellen, die schwerste Prüfung aller Deutschen bestehen, aufs neue geloben, unbeugsam festzustehen um das Werk unseres Deutschen Reiches, und auszuhalten, bis die Feinde ihr wahnwitziges Vorgehen einstellen und ein Frieden erreicht ist, der unsere Zukunft gewährleistet.

•

Die Handelskammer zu Bochum hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Handelskammer zu Bochum legt Verwahrung dagegen ein, daß in der gegenwärtigen ernsten Zeit versucht wird, künstlich einen Zwiespalt zwischen Volk, Reichsregierung und Großem Hauptquartier zu schaffen, und durch fortdauernde Erzeugung von inneren „Krisen" das Volk zu beunruhigen und zu zersplittern. Gleich dem Deutschen Reiche im ganzen bedarf auch das deutsche Wirtschaftsleben für die Wiedergewinnung seiner früheren Weltstellung nach dem Kriege und zur weiteren gedeihlichen Entwicklung eines kraftvollen Friedens, der, aller Opfer würdig ist und Deutschlands Zukunft gegen erneute Raubanfälle sichert. Nichts in der militärischen und politischen, und ebensowenig in der wirtschaftlichen und der Ernährungslage Deutschlands rechtfertigt das dauernde Zurückweichen weiter Kreise in Deutschland in der Vertretung dieser deutschen Lebensbedingung vor den anmaßenden und offenkundig auf Deutschlands Vernichtung hinzielenden Feinden."

Feindliche Kriegsberichte.

Belgischer Heeresbericht vom 23. September: Während der letzten beiden Nächte ist die feindliche Artillerie sehr tätig gewesen, besonders in der Gegend nördlich der Yser, wo mehrfach Störungsfeuer einsetzte, unsere Artillerie entgegnete kräftig. Ein auf einen unserer Posten bei Weidendreft versuchter feindlicher Angriff in der Nacht vom 21. zum 22. scheiterte vollständig in unserem Feuer. In derselben Nacht wurden mehrere unserer Lager von Fliegern mit Bomben belegt.

Amerikanischer Heeresbericht vom 23. September, abends. In der Woevre-Ebene machten wir neue Vorstöße, bei denen wir neunundzwanzig Gefangene machten und zwei Maschinengewehre erbeuteten. Drei feindliche Handstreiche in der Woevre-Ebene und in den Vogesen wurden abgewiesen.

Französischer Bericht vom 24. September, abends: In der Gegend westlich von St. Quentin machten die französischen Truppen in Verbindung mit der englischen Armee heute morgen neue Fortschritte. Sie bemächtigten sich Francilly-Selency, des Vorsprungs von Dallon und des Dorfes Dallon trotz des energischen Widerstandes der Deutschen. Mehr im Süden trugen die Franzosen ihe Linien bis an den Westrand von Giffecourt vor. Die Franzosen machten mehr als fünfhundert Gefangene und erbeuteten eine große Anzahl Maschinengewehre. An der Vesle-Front gelang es den Deutschen im Verlauf eines heftigen Angriffs, in der Gegend von Glennes in den vorgeschobenen Stellungen der Franzosen Fuß zu fassen. Ein Gegenangriff der französischen Truppen stellte ihre Linie vollständig wieder her und brachte ihnen fünfzig Gefangene ein.

Englischer Heeresbericht vom 24. September, abends: Wir führten heute früh im Zusammenwirken mit den Franzosen eine gelungene Unternehmung im Abschnitt von St. Quentin aus. Beim Morgengrauen griffen englische Truppen auf einer Front von über vier Meilen von der Gegend des Omignonbaches aus südwärts an. Gute Fortschritte wurden längs dieser ganzen Front erzielt und etwa achthundert Gefangene von uns gemacht. Auf starken Widerstand stießen wir an einer Anzahl von Punkten, besonders in der Gegend von Selency, wo der Kampf noch andauert. Ein örtliches Gefecht fand heute noch nordöstlich Epehy statt, dessen Ergebnis eine leichte Verbesserung unserer Linien war.

Der Zusammenschluß des Baltikums.

Baron F. v. Wrangel, zurzeit Ascona, bittet uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift:

In dem in der Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" vom 29. Juli abgedruckten Kapitel meiner inzwischen erschienenen Schrift „Rußlands Zukunft" findet sich ein Ausspruch, der meine Landsleute befremdet hat. Auf S. 59 sage ich u. a.: „Die Beschlüsse der sogenannten Landesräte können, wie gesagt, nicht als Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung gelten, wenn man darunter die Mehrheit aller Ortsansässigen versteht."

Ein Mann, zu dessen Wahrheitsliebe, Urteilskraft und Sachkenntnis ich unbedingtes Vertrauen habe, der inmitten der ländlichen Bevölkerung Estlands lebt und wirkt, schreibt mir u. a.: „Ich muß bedauern, daß Sie den Beschluß des Landesrates nicht als Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung gelten lassen wollen. In Estland ist der Beschluß „Los von Rußland" nicht nur von der Landesversammlung am 8. April 1918, sondern auch vom estnischen Landesrat am 4. Januar 1918 gefaßt worden. Die in der Landesversammlung vom 8. April vereinigte Vertretung aller Bevölkerungsschichten hat bloß das wiederholt, was bereits getrennt von den Vertretern der Deutschen und Esten ausgesprochen worden war. Ihre oben erwähnte Behauptung wird also durch die Tatsachen widerlegt — immerhin kann sie von Gegnern der Angliederung unter Berufung auf Ihr autoritatives Urteil ausgenutzt werden."

Die baltische Frage hat große politische Bedeutung gewonnen, weshalb ich die Redaktion bitte, mir eine Erläuterung in dieser Sache zu gestatten.

Jenes Kapitel meiner Schrift bildet nur eine der Illustrationen zu den sich bietenden Schwierigkeiten, wenn man den Wilsonschen Grundsatz: Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung auf staatlich einheitliche Gebiete mit gemischter Bevölkerung anwendet, wie z. B. Polen, Irland, Böhmen, das Baltikum.

Meine Schrift ist in der Schweiz geschrieben und erschienen. Hier versteht man unter „Ausdruck des Wunsches der Mehrheit aller Ortsansässigen" das Referendum, eine unter gewissen Kautelen vollzogene Abstimmung aller stimmberechtigten Bürger. Als solcher Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung kann, zweifellos, der Beschluß keines der baltischen Landesräte gelten. Daraus folgt aber nicht, daß dieser Beschluß nicht dem tatsächlichen Wunsch der Bevölkerung entspräche. Auf Seite 61 desselben Kapitels sage ich ausdrücklich: „Es ist nicht richtig, die Willensäußerung dieser Landesräte als eine grobe Fälschung deutscherseits hinzustellen. Nach Berichten zuverlässiger Menschen, welche die Schreckensherrschaft der Bolschewisten dort erlebt haben, war das Gefühl, aus schwerer Bedrängnis durch die deutschen Truppen erlöst zu sein, ganz allgemein, auch bei den Bauern." Auf S. 66 sage ich schließlich: „Da in diesen wilden Zeiten keine Gesellschaftsordnung bestehen kann, ohne sich auf organisierte Machtmittel zu stützen, so war es unvermeidlich, daß die politisch reifen, an der Erhaltung der Grundlagen einer Rechtsordnung interessierten Kreise, auch der lettischen und estnischen, sich unter den Schutz Deutschlands stellen." Die Gegner der Angliederung können sich also auf mein Zeugnis nur dann berufen, wenn sie aus meiner Schrift einen Satz, aus dem allgemeinen Zusammenhang heraus, anführen.

So schmerzlich ich es auch empfinde, ich glaube, daß für das Wohl des Baltikums gegenwärtig keine andere Lösung möglich ist, als die von den örtlichen Landesräten beschlossene: Zusammenschluß Liv-, Est- und Kurlands mit den zugehörigen Inseln, als einheitliches autonomes Gebiet, unter dem Schutz des Deutschen Reiches.

•

Auch diese Zuschrift beweist nur die Richtigkeit der von uns stets vertretenen Grundauffassung, daß die Randstaatenpolitik ein Irrweg ist. Herr von Wrangel, der sich in seiner Schrift zu der gleichen Anschauung bekennt, empfindet es schmerzlich, daß „gegenwärtig" keine andere Lösung möglich ist als die Autonomisierung des Baltikums unter dem Schutz Deutschlands. Er läßt aber keinen Zweifel darüber, daß es lediglich Furcht vor der Bolschewisten-Herrschaft ist, die den Wunsch nach Loslösung von Rußland in gewissen Bevölkerungsschichten des Baltikums hervorgerufen hat. Es sind also nicht nationale, sondern vorübergehende soziale Gründe, die diesen Separatismus begünstigen und die in demselben Maße schwinden werden wie Rußland selbst sich wirtschaftlich neu organisiert und befestigt.

Politische Tagesnachrichten.

Die Besteuerung der Rhein-Schiffahrt. Auf der Mannheimer Tagung der Internationalen Zentralkommission für Rheinschiffahrt sprach der Vertreter der niederländischen Regierung die Ansicht aus, daß das am 1. April in Deutschland in Kraft getretene Gesetz über Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs auf dem Rhein mit Artikel 3 der Rheinschiffahrtsakte von 1868 nicht in Einklang stehe. Daraufhin schweben jetzt Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen.

Eisenbahn-Sicherungen gegen Fliegergefahr. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Dr. v. Breitenbach besichtigte vorige Woche die zur Sicherung der Reisenden und Eisenbahnbediensteten auf den besonders gefährdeten Stationen der Mosel- und Saarstrecke, namentlich in Trier und Saarbrücken getroffenen Einrichtungen. Von hier begab sich der Minister in Begleitung des Eisenbahndirektionspräsidenten zu weiteren dienstlichen Besichtigungen über Trier an den Rhein.

Hindenburg an die ostdeutsche Presse. Auf ein von Vertretern der ostdeutschen Presse an Generalfeldmarschall v. Hindenburg gerichtetes Telegramm ist folgende Antwort eingetroffen: „Der Gruß der Männer aus der Ostmark hat mich und General Ludendorff sehr erfreut. Möge die Mitarbeit der deutschen Presse an der bedeutungsvollen Pflicht, Zuversicht und Siegeswillen zu erhalten und zu geben, von vollem Erfolg gekrönt sein. Die Heimat ist das Rückgrat des Heeres. Heimat und Heer wird Ihnen für Ihr Wirken danken. Die Friedenshand will der Feind nicht, darum steht das Deutschland um so fester zusammen. Der Gegner Ansturm wird an diesem Fels zerschellen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg."

---

und darum bleibt eine Unmenge an Wissen, Können, Geist, Erfahrung und Talent in der Welt ungenutzt, und viel guter Wille, Eifer und Arbeitsfreudigkeit wird in Bitterkeit und Verbitterung umgewandelt.

Also, wie gesagt: vollständiges eigenes Wissen ist nicht durchaus nötig; nötig aber hat der Befehlende die Fähigkeit und Bereitschaft, sich so zu informieren, daß er, vor dem Befehl und als Grundlage des Befehls, die noch nicht geschehene, sondern nur geplante Ausführung sich, im Ganzen und in den Einzelheiten, vorzustellen vermag. Dazu braucht er, außer dem guten Willen, auch Phantasie. Beides fehlt nur zu häufig.

Vielleicht eben so selten aber ist das Vermögen, sich in die Seele des Untergebenen zu versetzen. Der Untergebene kennt nicht den Zusammenhang, er kennt nur den speziellen Auftrag, und allein von ihm aus vermag er sich Zweck und Ziel der ihm befohlenen Aktion zu konstruieren. Wenn er aber nicht ganz dumm ist, und nicht bloß stumpfsinnig den Befehl wörtlich vollbringt, so ist er zu solcher Rekonstruktion des Zusammenhanges innerlich genötigt. Auf diesen Zwang nimmt der gute Befehler instinktiv Rücksicht, das heißt, er fragt sich, was der Gehorchende bei seinem Befehl denken kann oder sogar denken muß, und er gibt ihm außer dem nackten Auftrag so viel Erläuterung, daß der andere imstande ist, selbständig weiterzuhandeln. Dies nämlich wird dann erforderlich, wenn der Auftrag unvorhergesehenen Hindernissen begegnet und nicht buchstäblich erledigt werden kann, was ja beinahe die Regel bildet. Alsdann handelt der Ausführende nach seiner Kenntnis oder Vorstellung des Zusammenhanges, und wenn er falsch handelt, so ist er eben nicht genügend unterrichtet gewesen.

Weit verbreitet ist die Unart, mehrere Befehle gleichzeitig zu geben, die einander ausschließen. „Anna," ruft die Hausfrau, „schälen Sie Kartoffeln". Nach zwei Minuten: „Anna, ziehen Sie das Kind an." Wieder nach zwei Minuten: „Anna, heizen Sie im Eßzimmer." Anna ist willig, jeden Befehl sofort auszuführen, und läßt das eben Begonnene gutmütig liegen. Nach einer Viertelstunde tritt die Hausfrau, zum Ausgang bereit, aus ihrem Toilettezimmer und findet Anna auf den Knien, das Feuer anblasend, vor dem Ofen. „Ist das Kind fertig? Aber ich habe Ihnen längst gesagt, Sie sollen es anziehen." Anna läßt den Ofen und läuft nach Jäckchen und Hütchen. Indessen sieht die Hausfrau in der Küche zum Rechten. „Die Kartoffeln sind ja noch immer nicht geschält. Wie soll das Mittagbrot zur Zeit fertig werden!" — und ratlos sehen Herrin und Dienerin einander an und begreifen nicht, warum es nicht klappt, da doch die eine alles Notwendige befohlen hat und die andere so gern gehorchen möchte.

Zum Befehlen gehört die Begabung des Pädagogen. Wer beständig über Dummheit und Unlüchtigkeit Untergebener klagt, von dem darf man gewiß sein, daß er kein Pädagoge ist, und daß es an ihm liegt. Tadeln kann jeder. Den rechten Herrn erkennt man daran, ob er zu loben versteht.

Leiten ist schwer; Herumkommandieren ist leicht. Dem vernünftigen Befehl gehorchen bereitet Freude; dem Dilettanten dienen müssen, ist Qual. In Befehlende und Gehorchende teilt das Leben grob und unzulänglich die Menschheit. Wer aber zu schauen weiß, lächelt über geblähte Hohlheit oben, und bewundert im Herzen bescheidene Tüchtigkeit unten.

„Mantje Timpe Te", eine Märchenoper von Otto Ernst, Musik von Otto Naumann, fand, wie unser Mitarbeiter drahtet, bei ihrer Uraufführung in der Dresdener Königlichen Hofoper einen Beifall, der sich nicht au fgleicher Höhe hielt. Otto Ernst hat das Grimmsche Märchen von der bösen Fischerfrau Ilsebill, das schon Klose komponiert hat, zu einem recht willkürlichen, bilderreichen, zum Teil auf dem Meeresgrund spielenden Libretto verarbeitet, und Naumanns Musik ermangelt des märchenhaften naiven Elements und strebt dem psychologisch untermalenden Musikdrama zu. Frau Forti als Ilsebill und Fräulein Reihberg als ihre Tochter boten die besten Leistungen.

Der dritte Tag der Schüddekopf-Auktion. Der dritte Vormittag brachte die Abteilung Goethe beinahe vollständig zum Abschluß. Man ertrank in einer Flut von Briefwechseln, Schriften aus Weimars Goethezeit, Schriften über ihn, Bibliographien, Büchern des Goethekreises. Als große Rarität ragte über alles hinaus der Erstdruck von: Corona Schröter, Fünfundzwanzig Lieder, der 2100 M. brachte. Zu erwähnen wäre auch noch der billige Preis für die vollständige Reihe der Freimaurer-Analekten — 180 M. Salomons Hirzels Goethebibliographie mit eigenhändigen Ergänzungen Schüddekopfs wurde erst mit 315 M. zugeschlagen. Nach 650 Nummern Goethe war man doch etwas übersättigt und stürzte sich nachmittags mit wahrem Feuereifer auf das nun folgende buntere Programm. Für 9 verschiedene Schriften des Freimaurers Herrn von Goue legten die Interessierten, unter ihnen vor allem Prof. Kippenberg, zwischen 635 und 165 M. schwankende Summen an. Die Luxusausgabe des Inselverlages von Grimmelshausens Simplizissimus in zwei Bänden kam auf 400 M., der Erstdruck seines „Malcolmo von Liebandu" auf 620 M. Ein interessantes Stück war die Doktorarbeit Heinrich Heines (355 M.). Großes Halloh entstand, als ein Exemplar des Heinse (Inselverlag) für 92 M. an Friedrich Freska und gleich darauf ein genau ebensolches für nur 66 M. dem schmunzelnden Antiquar Max Perl verkauft wurde. Paul Graupe erstand die zweibändige Ausgabe des Kater Murr mit den Originalbänden von Hosemann für 150 M.

Vortragsabende. Einen Gedächtnisabend für Timm Kröger veranstaltet Hofschauspieler Professor Adolf Müller am 3. Oktober im Meistersaal.

Am Donnerstag liest Professor Ferdinand Gregori im Lessing-Museum Dichtungen „Aus der Jugendzeit". Volkstümliche Lieder neuerer Meister singt Anne von Ledebour.

Völkerpsychologen.

Die Völkerpsychologie gehört von jeher zu den beneidenswertesten und dankbarsten Wissenszweigen. Wie meinen gewiß nicht jene langatmige und mühevolle Wissenschaft, die auf Grund von mannigfachen ethnologischen und ethnographischen Studien die Entstehung der Sitten, Gebräuche und der Sprache dieser oder jener Völkergruppe zu erforschen sucht; wir meinen jene bewegliche, leicht beschwingte, wahrhaft „fröhliche" Wissenschaft der geistreichelnden Aperçus und selbstherrlicher Aphorismen, die über eine genaue Kenntnis aus eigener Anschauung sich hinwegsetzen zu können glaubt und ihre Ergebnisse durch ein paar mehr oder minder geschickte Manipulationen gewinnt — ein paar in aller Eile erharschte Aufnahmen vermittelst der Camera obscura eines voreingenommenen Gehirns, ein paar Einspritzungen aus dem Behälter der höchsteigenen Psyche, und der Charakter des betreffenden Volkes steht vor uns fertig da. Zu solchen Völkerpsychologen gehört beispielsweise der bekannte Paul Rohrbach, der sich neuerdings zu der völkerpsychologischen Weisheit emporschwang, daß je härter man die Großrussen unterdrückt, er desto versöhnlicher und freundlicher wird. Wir würden diesem Psychologen nicht raten, sein Glück in Moskau oder Kaluga mit dieser seiner Weisheit zu suchen. Ein anderer etwas minder aggressiver und selbstherrlicher Psychologe dieser Art ist der sonst nicht unkundige Karl Nötzel, der vor nicht allzu langer Zeit in einem großen Buch ein wahrhaftes Zerrbild der russischen Intelligenz gegeben hat. In ähnlichen Bahnen bewegt sich ebenfalls die Maria Maresch in ihrer kleinen Schrift, betitelt „Der russische Mensch" (Verlagsanstalt Pyrolia, Wien-Innsbruck-München 1918), eine Schrift, die offensichtlich von Nötzel inspiriert ist. Es atmet dieselbe Nötzelsche Feindseligkeit gegenüber der russischen Intelligenz, die offenbar durch ihr selbstbewußtes Auftreten und ihren klaren Blick für die Schwächen und Halbheiten der westeuropäischen Kultur manche selbstgefällige Person aus dem Westen Europas in ihren besten kulturträgerischen Empfindungen irgendwie verletzte.

Zunächst aber einige kleine Berichtigungen sachlicher Natur. Die Verfassung vom 17. Oktober 1905 gelangte nicht deshalb zu voller Auswirkung, weil, wie die Verfasserin behauptet, seit Nikolaus I. eine besondere Staatspolizei bestand und die Einrichtung „außerordentlichen Schutzes" allmählich auf alle Gouvernements übergegriffen hatte, sondern weil die russische absolutistische Regierung das unter dem Drucke des Moments abgerungene Manifest in ganz bewußter und überlegter Weise rückgängig zu machen sucht. Der Unterschied zwischen Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten besteht nicht darin, daß, wie die Verfasserin ausführt, die letzteren durch langsame organisatorische Arbeit die Verwirklichung des sozialistischen Ideals herbeiführen wollten, während die letzteren durch gewaltsame Aktionen die Ereignisse zu überstürzen oder jedenfalls zu beschleunigen strebten, sondern ausschließlich darin, daß die Sozialdemokraten ihre Hoffnungen vorwiegend auf das städtische, industrielle Proletariat legten, während die Sozialrevolutionäre ihre Interesse vornehmlich der besitzlosen ländlichen Bevölkerung zuwendeten. Vielmehr war es gerade eine Fraktion innerhalb der russischen Sozialdemokratie, die Bolschewiki nämlich, die im Gegensatz zu allen anderen Parteiungen sich für eine möglichst schleunige, unmittelbare revolutionäre Aktion aussprach. Ganz falsch ist es, wenn die Verfasserin Tolstoj als den Schöpfer einer gewaltigen Volksbewegung hinstellt. Von einer derartigen Bewegung hat man im Ausland nichts verspürt. Der Einfluß Tolstojs als religiösen Reformators war im Gegenteil sehr gering und äußerte sich in einigen wenigen sogenannten Tolstojschen Kolonien, die ein recht isoliertes Dasein führten und sich weiter nicht bemerkbar machten. Der philosophierende und predigende Tolstoj hat außerhalb Rußlands bei weitem mehr Ansehen als in Rußland selber genossen.

Die Verfasserin beginnt ihre Untersuchungen unter sehr ungünstigen Auspizien. Ihren Weg zu der Psyche der russischen Intelligenz sucht sie durch den absolutistischen russischen Staat und die feudale Klasse der russischen Gutsherrn, und mengt außerdem ihrem Beginnen einige politische Animositäten von der Art bei, daß der russische Staat von jeher aggressive Absichten hegte, und daß er es schließlich war, der den gegenwärtigen Krieg heraufbeschwor. Ueber die Frage der Kriegsverschuldung wollen wir mit der Verfasserin nicht streiten; wir möchten nur bemerken, daß eine derartige Heranziehung aktuell politischer Erwägungen am wenigsten geeignet sein dürfte, das Verständnis für die Gemütsart irgend welcher fremder Gesamtheit anzubahnen. Der Verfasserin zufolge sei die russische Intelligenz Fleisch vom Fleische und Bein vom Beine dieser russischen absolutistischen Staatlichkeit und der feudalen Gutsherrnkaste. Von diesem Standpunkt ausgehend, rafft sich Verfasserin zu einigen kraftvollen aphoristischen Sätzen auf, die den Rohrbachschen würdig an die Seite gestellt werden können: „Die drei auffallendsten Symptome der russischen Revolution — die Verwechselung persönlicher, bürgerlicher Freiheit mit Zügellosigkeit und Gesetzlosigkeit, die Nichtachtung der Ueberzeugungen und Rechte anderer Parteien und der Anspruch, durch die russische Revolution die Weltrevolution also als sozialer Erlöser der Menschheit aufzutreten, sind das Testament des Despotismus an die russische Republik" (S. 21). Die wären also die Merkmale, die für das Wesen der russischen Revolution und der russischen Intelligenz charakteristisch sind. So sehr wir den Mut der Verfasserin bewundern, so gestatten wir uns doch die folgenden drei Fragen an diese entsprechend zu richten: 1) Ob die Verfasserin eine staatliche und gesellschaftliche Umwälzung von dem Umfange und der Tragweite der russischen Revolution aus der Geschichte kennt, wo anarchische Zustände, also „Zügellosigkeit" und „Gesetzlosigkeit" nicht Platz gegriffen hätten, und im Bewußtsein der entfesselten Massen mit „persönlicher, bürgerlicher Freiheit" nicht verwechselt wären, 2) ob in einem derartig leidenschaftlichen historischen Augenblick, wo es für die betreffende Partei und oft auch für die betreffende Einzelperson um Sein und Nichtsein handelt, die „Ueberzeugungen" und „Rechte" „anderer" Parteien je geachtet werden und 3) ob es nicht ganz in der Ordnung ist, wenn die russische Revolution sich als vorbildlich für das übrige Europa betrachtet, angesichts der Tatsache, daß sie den ersten Versuch einer sozialen Revolution größeren Stils darstellt und als solcher in der Tat bahnbrechend ist, ob nicht ihr Anspruch daher in vollem Maße berechtigt erscheint, und ob nicht die große französische Revolution von 1789 genau denselben Anspruch unter voller Zustimmung des übrigen Europas seinerzeit erhoben hat.

Diese nichts weniger als charakterischen Eigenschaften hält also die Verfasserin für spezifische Züge der russischen Revolution und der russischen Intelligenz. Was aber für diese in der Tat wesentlich und typisch ist, daran ging die Verfasserin achtlos vorbei, dies scheint sie überhaupt nicht bemerkt zu haben: daß die russische Intelligenz im schroffen Gegensatz zu der westeuropäischen ihre Mission und ihre Bedeutung im Leben des Volkes möglichst zu verkleinern und zu schmälern suchte, indem sie immer wieder die Massen und das Massenhafte als den einzig und allein ausschlaggebenden Faktor hinstellte und sich selber zu einer nur dienenden Rolle verurteilte. Das ist etwas, was den Tendenzen des absolutistischen Staates stracks zuwiderläuft.

Mehr als in den Zeilen ist aber bei der Verfasserin zwischen den Zeilen zu lesen. Sie leitet ihre Untersuchungen mit einem Hinweis auf die Verkommenheit der russischen vorrevolutionären Zustände ein und kann sich dabei auf das beredte Zeugnis solcher Autoritäten wie Solowjew, Tolstoi und Dostojewsky berufen; da sieht man doch klar, daß „wir" die Besseren sind — „wir", die zwar eine Unmenge von geschwätzigen Professoren, aber keinen einzigen Solowjew, keinen einzigen Tolstoj, keinen einzigen Dostojewsky besitzen, der „uns" den Spiegel vorhalten und die ungeschminkte Wahrheit ins Gesicht sagen könnte.

Am Schlusse ihrer Betrachtungen verfällt die Verfasserin in einen feierlichen Ton; die Schrift klingt zuletzt in eine Lobhymne auf das „religiöse Rußland" aus, das berufen sein soll, das gewalttätige Uebermenschentum Europas zu überwinden. Das ist schon wiederum etwas zu viel. Da möchten wir doch mutatis mutandis den spinozistischen Ausspruch in Erinnerung rufen: Weder lachen, noch weinen, sondern verstehen. Wer aber richtig verstehen und sehen will — dem muß zuerst der Star des Dünkels gestochen werden.

R. S-n.

Echo der Kanzlerrede im Ausland.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

os **Rotterdam,** 25. September.

Aus der englischen Presse liegen zur Hertlingrede vorläufig nur wenige Blätterstimmen vor. „Daily Mail" schreibt: „Der Kanzler und seine Hunnen holen ihre Schafspelze hervor und versuchen, wie Pazifisten auszusehen. Wenn es den Herren in Deutschland mit ihren Angeboten Ernst ist, dann brauchten sie nur nach Deutschland zurückzukehren, alle geraubten Gebiete mit Einschluß von Elsaß-Lothringen und dem unbefreiten Italien zu verlassen und den Kriegsschaden, den sie anrichteten, zu bezahlen."

os **Rotterdam,** 25. September.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" gibt in seinem Leitartikel folgenden Bericht von der allgemeinen Auffassung der Rede des Reichskanzlers in Holland: Der Reichskanzler erinnert an ein Zirkuspferd, das alle Bewegungen des Trabens ausführt und dabei doch immer auf derselben Stelle stehen bleibt. Er sprach eine ganze Anzahl von Worten und sagte absolut nichts. Sogar die alte Redensart, daß Belgien selbst schuld sei an der deutschen Invasion, kam wieder aufs Tapet. Die Reden Hintzes und v. Payers bedeuteten auch nicht viel mehr. Im allgemeinen sprachen alle drei Herren, als ob die Atmosphäre im In- und Ausland durch nichts getrübt sei. Von der Debatte, die jetzt folgen wird, dürfte, wie wir fürchten, uns Wolff weniger ausführliche Berichte senden, als er von diesen nichtssagenden Reden getan hat. — In politischen Bank- und Handelskreisen nennt man, wie „Handelsblad" schreibt, die Rede des Reichskanzlers eine Wahnsinnstat, hinter der sich die Absicht Hertlings verberge, sein eigenes politisches Ende zu beschleunigen.

*

Die Bemerkungen der holländischen Blätter, die unser Rotterdamer Korrespondent uns übermittelt, erregen durch ihre Tonart unser lebhaftes Erstaunen. Wir sind weit davon entfernt, der neutralen Presse eine Kritik an der deutschen Politik und ihren Trägern, die sich im Rahmen der Sachlichkeit hält, irgendwie zu verübeln. Wir möchten aber doch fragen, ob Aeußerungen, wie sie namentlich das „Handelsblad" enthält, sich noch mit dem Geist der Neutralität vertragen. Wenigstens ist uns nicht bekannt, daß gegen englische Minister in der holländischen Presse eine solche Sprache geführt wird. Was wir an unserer Regierung, an ihren Taten und Unterlassungen auszusetzen haben, werden wir nach wie vor nicht verschweigen. Aber auch der schärfste Kritiker der deutschen Politik wird es zurückweisen, wenn man in neutralen Nachbarländern glaubt, in anmaßender und ungehöriger Form in die deutschen Dinge hineinreden zu dürfen.

Der Kriegsminister und die Pazifisten.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Der in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses von den Rednern der Mehrheitsparteien so scharf bekämpfte Erlaß des Kriegsministers ist nicht, wie zuerst gemeldet wurde, an die Stellvertretenden Generalkommandos gerichtet. Es handelt sich vielmehr um ein Schreiben des Kriegsministers an den preußischen Minister des Innern. In diesem Schreiben, das vom 8. August d. J. herrührt, macht der Kriegsminister auf eine Reihe bevorstehender Versammlungen der Zentralstelle für Völkerrecht und der Deutschen Friedensgesellschaft aufmerksam, und ersucht den Minister des Innern, die Polizeiorgane anzuweisen, diese Versammlungen zu verbieten. Zur Begründung führt der Kriegsminister aus, daß die Versammlungen einen Ausfluß internationaler pazifistischer Strömungen darstellen, deren unbeschränkte Tätigkeit der siegreichen Beendigung des Krieges entgegenwirken müßte.

Welche Stellung der Minister des Innern zu diesem Schreiben des Kriegsministers eingenommen hat, ist bisher nicht bekannt geworden. Tatsache aber ist, daß die geplanten Versammlungen nicht stattgefunden haben.

Wir sind nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Darstellung nachzuprüfen.

Südslawische Möglichkeiten.

Wien, 24. September.

Das „Wiener Tagblatt" erhält von unterrichteter Seite folgende Mitteilung über die Pläne zur Ordnung der südslawischen Frage:

Im feindlichen Ausland ist das Gerücht verbreitet, daß die — übrigens noch nicht zum Abschluß gebrachten — Beratungen über die Lösung der südslawischen Frage das Ergebnis gebracht hätten, Bosnien und die Herzegowina dem ungarischen Staatswesen einfach einzuverleiben. Keiner der maßgebenden Faktoren hat eine solche Lösung ins Auge gefaßt; und welches immer das Ergebnis der Beratungen sein sollte, so wird die Lösung doch keinesfalls in der Weise herbeigeführt werden, daß Bosnien und die Herzegowina dem Regierungsbund der Verwaltungsapparate Ungarns einfach einverleibt werden. In Erwägung gezogen allerdings ist die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an die Länder der ungarischen Krone in der Weise, daß die genannten Provinzen ihre volle Autonomie in Regierung und Verwaltung behalten und ein staatsrechtliches Verhältnis herbeigeführt wird, wie es etwa jenem von Kroatien und Slawonien zu Ungarn entspricht. Bosnien und die Herzegowina würden nach wie vor autonom verbleiben, wie Kroatien und Slawonien.

Der Wahlkampf in Berlin I.

Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten.

Gestern abend fand im Haverlandschen Saale in der Neuen Friedrichstraße die erste öffentliche Wählerversammlung der sozialdemokratischen Partei vom ersten Berliner Reichstagswahlkreis statt. Der Saal war überfüllt, als der Vorsitzende der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins Eugen Ernst die Versammlung eröffnete. Es kam sofort zu störenden Vorgängen. Die anwesenden Unabhängigen forderten entschieden die Wahl eines Büros zur Leitung der Versammlung. Der Vorsitzende erklärte, daß er für die Partei, die die Veranstaltung veranlaßt habe, die Leitung behalten werde. Es dauerte noch längere Zeit, bis der sozialdemokratische Kandidat Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Hugo Heimann das Wort ergreifen konnte. Auch er wurde von den anwesenden Unabhängigen fortdauernd gestört. Mit Lachen wurde seine Behauptung, daß die Sozialdemokraten den Krieg verhindern wollten, quittiert. Schließlich griff der Vorsitzende Ernst abermals zur Glocke und rief in den Saal: Er habe bisher angenommen, daß die Berliner Arbeiterschaft schon so viel gelernt habe, daß sie sich in öffentlichen Versammlungen zu benehmen verstehe. Leider scheine das für einen Teil der Arbeiterschaft nicht zuzutreffen. Er garantierte vollständige Redefreiheit. Hierauf wurde es ruhiger, so daß Heimann das sozialdemokratische Programm entwickeln und zu den Tagesfragen sich äußern konnte. Er forderte u. a. die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie aller Länder, die in ihrer heutigen privaten Form immer eine Kriegsgefahr darstellen werde.

Als der Redner sich zum Schluß seiner Ausführungen gegen die Unabhängigen wandte und ihre Tätigkeit im Parlament kritisierte, kam es abermals zu stürmischen Kundgebungen, die sich bis zum Schluß der Versammlung fortsetzten. In der Diskussion wurde der häusliche Streit von der Sozialdemokratie weiter ausgesponnen und von den Unabhängigen entschieden gegen die Kandidatur Heimann Protest erhoben.

Gegenüber dem Hinweis Heimanns auf die Niederlage der Unabhängigen bei den bisherigen Reichstagsnachwahlen erklärte ein unabhängiger Redner, daß, wenn der Belagerungszustand nur ein halbes Jahr lang aufgehoben würde, die Sozialdemokratie bei den Wahlen ihr blaues Wunder sehen würde. (Stürmischer Beifall.) Die deutsche Sozialdemokratie genieße bei den Parteigenossen im Ausland nicht das geringste Vertrauen mehr. Als die „Blockbrüder" bei Herrn v. Hintze waren, habe Ebert eine Stunde lang die Bolschewiki heruntergerissen, so daß die bürgerlichen Abgeordneten ganz erstaunt waren und davon den Unabhängigen Mitteilung gemacht hätten.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei vertraten demgegenüber die Reichstagsabgeordneten Schöpflin und Richard Fischer, die von den Unabhängigen mit Zurufen: „Verräter!", „Vorwärts-Räuber!" und dergleichen mehr empfangen und immerfort unterbrochen wurden. Während der Rede des Abg. Fischer nahmen die Unterbrechungen durch die Unabhängigen einen derartig ruhestörenden Charakter an, daß Polizeihauptmann Schenck die Versammlung in vorgerückter Stunde auflöste. Der Saal leerte sich ohne Zwischenfall.

*

Fortschrittliche Wahlversammlung in Berlin I. Die zweite allgemeine Wählerversammlung im ersten Berliner Reichstagswahlkreis veranstaltet die Fortschrittliche Volkspartei morgen abend 8 Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35 (Stadtbahnhof Börse). Redner sind der Kandidat Geh. Justizrat Maximilian Kempner sowie die Landtagsabgeordneten Pfarrer Dr. Graue und Geh. Justizrat Cassel.

Die Kämpfe in Mazedonien.

Sofia, 24. September.

Der Generalstabsbericht vom 23. September meldet von der mazedonischen Front: Im oberen Skumbitale drangen unsere Stoßtruppen in feindliche Gräben, von wo sie mit französischen Gefangenen zurückkehrten. An der Mokra Planina und bei Tscherveno Steno wurden mehrere feindliche Sturmabteilungen durch Feuer zerstreut. Nördlich von Bitolia griffen feindliche Bataillone nach heftiger Artillerievorbereitung unsere Stellungen an, sie wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgewiesen. An der Cerna-Mündung verstärkte sich die Feuertätigkeit. An der übrigen Front mäßige Kampftätigkeit. Nördlich von Bitolia warfen feindliche Flieger Bomben auf Militärlazarette, die deutlich erkennbar die üblichen Abzeichen trugen.

*

Französischer Orientbericht vom 23. September: Die Verfolgung dauert an der ganzen Front Monastir—Veles an. Die feindlichen Abteilungen, bedrängt durch unsere Vorhuten, beunruhigt durch Kavallerie sowie mit Maschinengewehrfeuer und Bomben durch die alliierten Flieger belegt, ziehen sich in der größten Unordnung auf Veles, Istip und Strumitza zurück. Auf dem linken Flügel drängen die alliierten Streitkräfte, die von der Monastir-Front vorgehen, den Feind auf den albanischen Straßen zurück. Französische Kavallerie ist am 23. September in Prilep eingezogen. Sie fand die Stadt unversehrt vor und bemächtigte sich ungeheurer Vorräte. Weiter nördlich gingen die französisch-serbischen Streitkräfte über die Straße Prilep—Gradsko hinaus und bedrohen die Straße Prilep—Veles. Im Zentrum stellten die serbischen Truppen, die den Vardar auf mehreren unversehrten Brücken zwischen Demir Kapu und Gradsko überschritten, einen großen Brückenkopf nördlich vom Flusse her. Wir sind im Besitz der Orte Inish, Oba, Karabodzali, Noyshen und Ibirli.

Muck und Kunwald interniert. Die „Signale für die musikalische Welt" berichten, daß Dr. Karl Muck und Dr. Ernst Kunwald, über dessen amerikanische Bedrängnisse man sich in Deutschland mit Recht beunruhigte, jetzt endgültig in dem Gefangenenlager bei Fort Oglethorpe im Staate Georgia untergebracht sind. Das Lager ist mit drei Reihen Stacheldraht umsäumt, und in Schildwachenhäusern halten Posten mit Maschinengewehren Tag und Nacht Wache. Dreißig Fuß von der Stacheldrahtumzäunung entfernt ist eine weitere Stacheldrahtlinie gezogen. Wer diese überschreitet, auf den wird sofort mit Maschinengewehren geschossen. Die Internierten müssen um 6 Uhr morgens aufstehen. Eine halbe Stunde später bekommen sie das Frühstück, worauf sie sich an der Reinigung der Baracken beteiligen müssen. Von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags wird gearbeitet, mit einer Unterbrechung für den Lunch um 12 Uhr. Erholung durch Ballspiel, Tennis und Spaziergänge innerhalb der Linie ist gestattet. Auch dürfen die Gefangenen etwas Gartenbau und Gemüsezucht betreiben. — Wie die „Signale" ferner mitteilen, dürfen die bekannten österreichischen Dirigenten Stransky und Bodanzky (die nicht interniert wurden) ihren Beruf ausüben.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Radloff, Berlin.
Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.